

# Übersichten

März 1999

---



---

## Außenpolitik

---



---

### 1 Tang Jiaxuan auf Europavisite – und in Bonn: Schwankungen in der deutschen China-politik?

Am 16. März 1999 begab sich Außenminister Tang Jiaxuan auf eine Europareise, die ihn durch fünf Länder führte, nämlich durch Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark – und Deutschland. Am 28. und 29. März nahm er auch am 2. ASEM-Treffen der Außenminister in Berlin teil. Darüber hinaus trat er in Konsultationen mit den Außenministern der EU-Troika (Deutschland, Österreich, Finnland) ein (XNA, 17.3.99).

Wenige Tage vor dem ASEM-Treffen hatte der deutsche Außenminister Joschka Fischer die chinesische Menschenrechtspolitik vor der Menschenrechtskommission in Genf einer scharfen Kritik unterzogen, wobei er sowohl als deutscher Außenminister als auch als EU-Außenminister sprach. Unter anderem brachte er in seiner Rede die häufige Verwendung der Todesstrafe und die *Laojiao*-Praxis („Erziehung durch Arbeit“) ins Gespräch. Dieses Verhalten widerspreche den international anerkannten Standards (SZ, 24.3.99).

Die Politik Fischers ist für die einen (vor allem die Vertreter der deutschen Wirtschaft) zu scharf, für die anderen, nämlich für seine eigene Grüne Partei, dagegen zu flau. Dazu die FAZ (8.2.99): „Vor dem Wechsel in Bonn gab es reichlich chinakritische Töne aus den Reihen der jetzigen Regierungsparteien. Die SPD prangerte Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik bei jeder Gelegenheit an und rügte die 'Realpolitik' der alten Bundesregierung. Die Grünen hatten sich besonders für Tibet engagiert, der Dalai Lama war ihr Held. Die Pekinger Regierung war schon ganz verunsichert, was da wohl für ein Politik-Wechsel auf sie zukommen könnte. Peking kann beruhigt sein: Auch die neue Regierung wird wohl in diesem Jahr keine Resolution gegen China bei der UNO-Menschenrechtskommission unterstützen. Dabei geht die kommunistische Führung gerade wieder einmal mit aller Härte gegen Personen vor, die ihre politische Meinung kundtun und – ganz offen und legal – eine demokratische Partei gründen wollen. Sicher bringt eine Vorlage in Genf nicht die Freiheit nach China. Europäer und Amerikaner haben aber im letzten Jahr mit dem Entschluß, auf die Resolution zu verzichten, eine der wenigen Möglichkeiten aus der Hand gegeben, Peking offiziell zu rügen und international unter Druck zu setzen.“

Am 26. März traf Tang mit Bundeskanzler Schröder zusammen. Er brachte dabei die chinesische Bereitschaft zum Ausdruck, mit Deutschland langfristige und stabile Beziehungen „bis ins 21. Jahrhundert hinein“, also eine Art „strategischer Partnerschaft“, zu errichten (XNA, 28.3.99). Schon kurze Zeit vorher hatte Schröder bekannt gegeben, daß er vom 12.-14. Mai 1999 nach China reisen wolle, und zwar auch in seiner Eigenschaft als amtierender Ratspräsident der EU, um sich auf diese Weise für einen Ausbau der Beziehungen zwischen der EU und der VRCh einzusetzen. -we-

### 2 Deutsches Haus in Beijing eröffnet

Der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel, CDU, hat in Beijing ein Industrie- und Handelszentrum eröffnet, das sich „Deut-

ches Haus“ nennt und das mit seinen Dienstleistungen vor allem mittelständischen Unternehmern den Einstieg in den chinesischen Markt erleichtern soll. Das Zentrum ist eine hundertprozentige Tochter der Landesbank Baden-Württemberg, die an ihren Erfolg mit dem German Centre in Singapur anknüpfen möchte. Unternehmer können dort Büros und Tagungsräume mieten, Sekretariats- und Telefondienste sowie Übersetzungsdienste in Anspruch nehmen. Kanzleien, Kurierdienste und Steuerberater sollen später noch hinzukommen (SZ, 2.2.99). Das Deutsche Haus in Shanghai besteht seit 1995. Bei dessen Gründung hatte vor allem das Bundesland Bayern Pate gestanden. -we-

### 3 Architektur passend zur Umgebung: Die neue Deutsche Botschaft in Beijing ist fertig

Ende 1998 wurde der Botschaftsneubau der Bundesrepublik Deutschland in Beijing fertiggestellt – und zwar nach einer Planungs- und Bauzeit von sage und schreibe 16 Jahren:

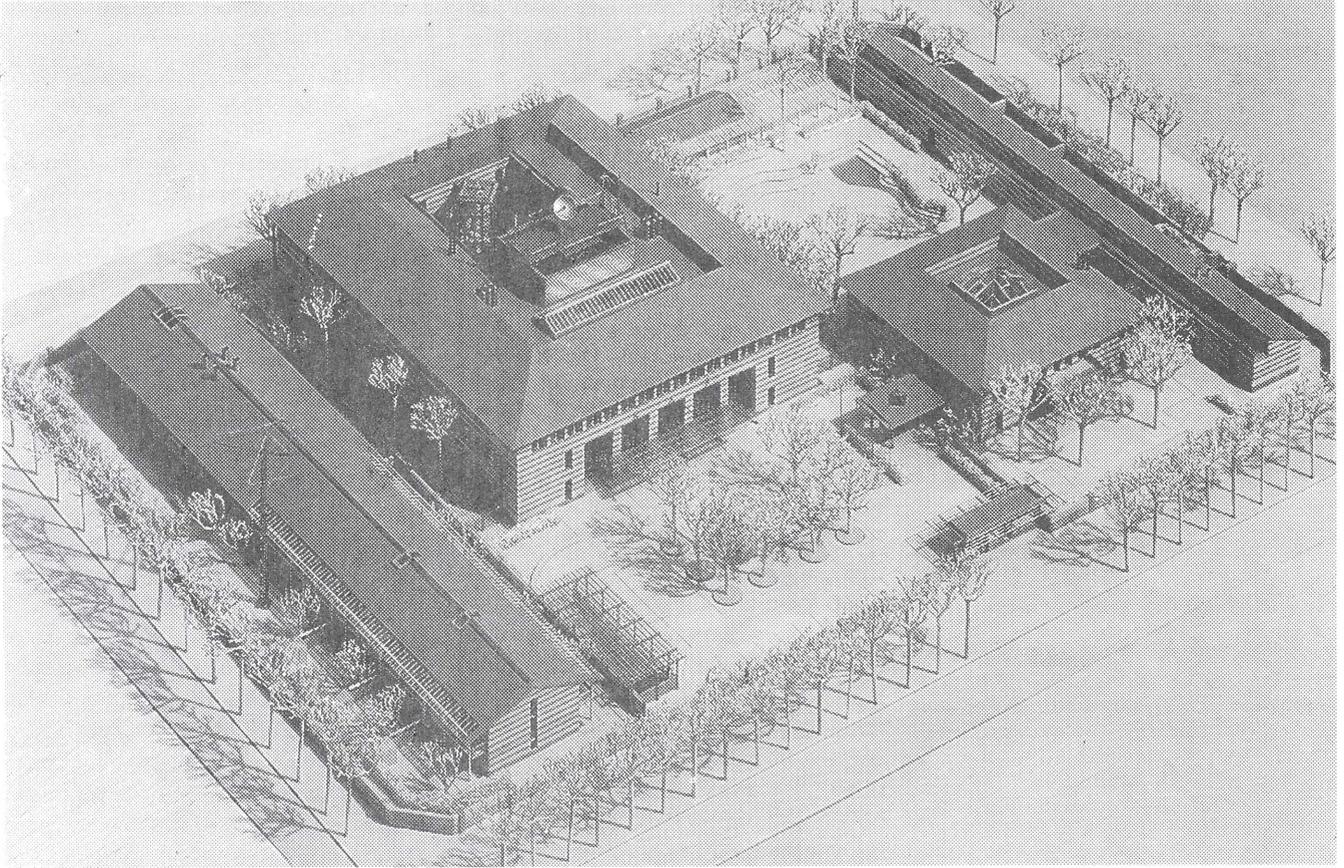
1982 hatte die Bundesbaudirektion zum ersten Mal eine Studie in Auftrag gegeben, die lange Zeit liegen blieb.

1984, beim ersten Chinabesuch des damaligen Bundeskanzlers Kohl, wurden die Pläne umgeworfen. Es sollte neu über die Gestaltung nachgedacht werden.

1987 wurde der Auftrag zur Erstellung mehrerer skizzenhafter Bebauungsvorschläge erteilt, zwischen denen sich der Auftraggeber entscheiden könne. Ein Beobachter (FAZ, 5.2.99) kommentierte dieses Verhalten folgendermaßen: „So formuliert ein Bauherr, der nicht genau weiß, welche Botschaft sein Botschaftsbau vermitteln soll: Deutschland als Hort der Kultur, als Wirtschaftsmacht oder als Industrienation. Die Bebauungsvorschläge sollten, wie es in der Auftragsvergabe hieß, die deutsche Gegenwartsarchitektur widerspiegeln und Anlehnungen an historische Architekturvorbilder Chinas vermeiden.“

Nach langen Diskussionen zwischen den beauftragten Architekten und der Bundesbaudirektion setzte sich dann schließlich doch die (vom Architektenbüro vertretene) Meinung durch, daß

## Modellhafter Aufriß der neuen Deutschen Botschaft in Beijing



Quelle: FAZ, 5.2.1999.

die Anpassung an die chinesische Bauumgebung wohl am ratsamsten sei. Bis 1994 war der Bau dann schließlich in 15 Ordnern bis ins letzte Detail geplant.

Wiederum aber sollte es vier Jahre dauern, bis der Bau dann Ende 1998 fertiggestellt werden konnte. Letztlich ist hier ein Komplex entstanden, der von ferne an die traditionelle Hofhaus-Architektur Beijings erinnert. Nach Meinung von Beobachtern ist die Botschaft in Beijing ruhig und gediegen, ohne jegliche auftrumpfende Großmannssucht und modische Aufgesetztheit. Ihre eigenartige Gestalt in des Wortes wahrer Bedeutung bezieht sie aus dem Eingehen auf die Umgebung und aus der Auseinandersetzung mit der Tradition chinesischen Bauens. Sie demonstriert Gelassenheit und exportiert keine 'deutsche Gegenwartsarchitektur'. Sie zeichnet das Bild einer sympathisch bescheidenen Bundesrepublik, die so vielleicht nur in der Vorstellung der Architekten besteht und vom Bauherrn Deutsch-

land vielleicht sogar mit Skepsis betrachtet wird.“ (FAZ, ebd.) -we-

#### 4 Freundlichkeiten und Pfeifkonzerte bei der Drei-Länder-Reise Jiang Zemins nach Europa

Staatspräsident Jiang Zemin besuchte vom 20. bis 30. März Italien, die Schweiz und Österreich. Er erwiderte damit vorausgehende Visiten der Präsidenten dieser Länder. In die Schweiz und nach Österreich kam mit Jiang Zemin zum ersten Mal ein chinesischer Staatspräsident zu Besuch.

Nachdem Jiang Washington im Oktober 1997 und Rußland sowie Japan im November 1998 besucht hatte, wählte er diesmal, für 1999, die drei europäischen Länder als erstes Ziel seiner Überseereisen aus. Geplant ist für 1999 noch ein weiterer Europabesuch, und zwar für September in Großbritannien.

Zumindest zeremoniell sind die Europabesuche damit ein Versuch, die

Balance im „pentapolaren“ System (USA, Rußland, Japan, Europa – und China) wiederherzustellen.

Nach Meinung der *South China Morning Post* war der Europabesuch als „Offensive des Charmes“ angelegt (SCMP, 19.3.99); doch kam der Charme Jangs allenfalls in Italien und Österreich, nicht jedoch in der Schweiz an.

In Italien hielt sich Jiang vom 20.-25. März auf – in der Reihenfolge Venedig – Rom – Mailand. Italien ist der drittgrößte Handelspartner Chinas innerhalb der EU mit einem Gesamthandelsvolumen von 6,7 Mrd. US\$ 1998. Jangs Besuch war eine Antwort auf die Chinavisite von Staatspräsident Oscar Luigi Scalfaro im Jahre 1998.

Von Italien und auch der italienischen Bevölkerung wurde Jiang verhältnismäßig freundlich empfangen. Lediglich in Rom gab es einige Proteste, bei denen Parolen wie „Für ein freies Tibet“ und „Kommunistische Meuchelmörder!“ auftauchten (SCMP, 24.3.99). Die Besuche in Ve-

nedig und Rom gaben Jiang Gelegenheit, häufig über die lange zurückreichenden historischen Beziehungen zwischen beiden Ländern zu sprechen (XNA, 19.3.99).

Noch vor Beginn der Jiang-Visite hatte die italienische Regierung angeboten, als Vermittlerin zwischen Beijing und dem Vatikan tätig zu werden.

Ob es nicht doch zu einem Treffen mit dem Papst kommen würde, war also keineswegs auszuschließen; hatte doch Kardinalstaatssekretär Angelo Sodano noch im Februar 1999 einem der Hauptgastgeber, nämlich Ministerpräsident Massimo D'Alema versichert, der Vatikan sei bereit, seine Botschaft von Taipei nach Beijing zu verlegen, falls die VRCh sich bereit erkläre, mit dem Heiligen Stuhl offizielle Beziehungen aufzunehmen (SCMP, 6.3.99).

Da sich Jiang Zemin allerdings nicht gerade durch Zivilcourage auszeichnet, unterblieb die Begegnung mit dem Heiligen Stuhl, die zu einem spannenden Höhepunkt in der diplomatischen „Karriere“ Jiangs hätte werden können. Auch gibt es zwischen Beijing und dem Vatikan ja nach wie vor zwei große Mauern, nämlich einerseits die Beziehungen des Vatikans zu Taiwan und andererseits die Ernennung von chinesischen Bischöfen durch die Patriotische Kirche Chinas, die den Regeln des Rechts der katholischen Kirche widersprechen.

Während sich Jiang in Mailand aufhielt, begann der Bombenangriff der Nato auf Jugoslawien. Jiang verurteilte das Geschehen sogleich mit scharfen Worten, verstand es aber im weiteren Verlauf seiner Reise, sich die Kosovo-Frage weitgehend vom Leibe zu halten.

Während der Italienbesuch Jiangs glatt über die Bühne ging, gab es beim „Kaiserbesuch“ in der Schweiz (25.-27. März) zahlreiche Schwierigkeiten. Schon am Vorabend der Staatsvisite veranstalteten amnesty international, die Tibetergemeinschaft in der Schweiz, die „Erklärung von Bern“ und die Gesellschaft für bedrohte Völker eine Protestkundgebung gegen die Mißachtung der Menschenrechte durch die VRCh. In einem offenen, auch als Zeitungsinserat publizierten Brief wurde der chinesische Staatspräsident aufgefordert, endlich den Dialog

mit dem Dalai Lama aufzunehmen. An der Aare, direkt unter dem Bundeshaus, wurde die tibetische Flagge im Riesenformat ausgebreitet – durchgezogen mit einem Transparent, auf dem die Worte standen: „Tibeter wünschen Dialog mit China“. Das in Tibet verbotene Tuch sollte allerdings auf Anordnung der Behörden während des Besuchs von Jiang zugedeckt werden. Am Abend fand ein Fackelzug durch Bern statt, an dem auch Mitglieder des Bundesrats und des Nationalrats sich beteiligten. Einer von ihnen rief Jiang Zemin auf, bei seinem Staatsbesuch ein Zeichen zu setzen und einen Dialog mit dem Dalai Lama anzukündigen.

Bei einer Medienveranstaltung forderten die Menschenrechtsorganisationen die Wirtschaftsvertreter der Schweiz auf, bei ihren Kontakten mit dem chinesischen Gast ebenfalls Flagge zu zeigen und sich nicht „auf den Kotau zu beschränken“ (NZZ, 25.3.99).

Positiv von den Organisationen wurde die Aussprache zwischen Bundespräsidentin Ruth Dreifuss und Exiltibetern gewertet, die ihr Anliegen am Vorabend an höchster Stelle vorbringen konnten.

In der Schweiz besuchte Jiang drei Städte, nämlich – in dieser Reihenfolge – Bern, sodann Genf (Visite beim Europäischen Zentrum für Nuklearforschung sowie bei der UNO-Menschenrechtskommission) und schließlich Basel, wo eine Zusammenkunft mit der schweizerischen Geschäftswelt stattfand (der chinesisch-schweizerische Handelsaustausch hatte sich 1998 auf rund 2 Mrd. US\$ hochgeschraubt).

Bei seinem Antrittsbesuch in Bern wurde Jiang vor dem Berner Bundeshaus mit einem Pfeifkonzert empfangen. Anwesend waren rund 600 Protestierende; außerdem hatten sich Exiltibeter unter die Zuschauer gemischt und waren – offensichtlich überraschend für die Polizei – auf den Dächern rund um den Bundeshausplatz aufgetaucht, wo sie Tibetfahnen schwenkten und Jiang Zemin mit Transparenten zum Dialog mit dem Dalai Lama aufforderten.

Jiang reagierte keineswegs souverän, sondern unbeholfen wie ein „Ries panda“ (so die NZZ). Er weigerte sich, den Empfang mit militärischen Eh-

ren auf dem Bundesplatz entgegenzunehmen, wich außerdem vom vorgesehenen Redetext ab und meinte, die Schweiz habe einen „guten Freund verloren“ (SCMP, 26.3.99). Die NZZ (27./28.3.99) kommentierte den Vorfall folgendermaßen: „Zornige Blicke schleuderte Jiang Zemin in alle Richtungen, als er dem Bundesrat vorwarf, das eigene Land nicht im Griff zu haben. Daß in einer Demokratie die Bürger nicht nach dem Willen der Regierung politisch getrimmt werden können, ist ihm als Repräsentanten einer Diktatur fremd. Vor drei Jahren ergoß sich chinesischer Zorn in ähnlicher Weise über die deutsche Regierung. ... Die Allmacht der Regierung ist für Jiang eine Selbstverständlichkeit. Daß es sie in westlichen Demokratien nicht gibt, hat er nun in der Schweiz wieder einmal erfahren müssen. Überdies könnte ihm aufgefallen sein, daß die Regierung hierzulande auch gar nicht nach totaler Kontrolle der Gesellschaft strebt. Die Gelassenheit, mit der der Bundesrat – nach anfänglicher Konsternation – auf die tibetische Störung des Empfangszeremoniells ... reagierte, signalisierte souveränen Umgang mit Meinungsdivergenzen auf den verschiedensten politischen Ebenen. Daß westliche Regierungen in den eigenen Ländern nicht allmächtig sind, kann der chinesischen Führung gar nicht oft genug klargemacht werden. Dabei geht es nicht nur darum, dem Pekinger Regime die für einen Rechtsstaat unabdingbare Gewaltenteilung verständlich zu machen, sondern auch um den Hinweis, daß Wirtschaft und Politik grundsätzlich getrennt sind. ... Chinas Präsident erfährt die Schweiz als vielstimmiges Land, wo Exiltibeter ebenso für ihre berechtigten Anliegen eintreten können wie die Wirtschaft für ihre Interessen. ... Jiang Zemin mußte erfahren, daß in einer offenen Gesellschaft auch ein chinesischer Herrscher nicht in politischer Quarantäne empfangen werden kann, sondern dem Risiko ausgesetzt ist, mit freien Meinungsäußerungen konfrontiert zu werden. Der Bundesrat mußte zur Kenntnis nehmen, mit welcher verbaler Brutalität ein Vertreter des Pekinger Regimes wegen einer harmlosen Demonstration dreinschlägt; wie mit Dissidenten im Reich der Mitte umgesprungen wird, kann er jetzt wohl besser abschätzen.“

Jiang Zemin hat bei seinem Besuch erfahren, was es heißt, ein Land zu besuchen, das die größte Tibetergemeinde Europas beherbergt.

Schon am darauffolgenden Tag war die Stimmung allerdings wesentlich aufgeräumter. Am Ende der Schweiz-Visite kamen gar freundliche Worte auf. Bezeichnenderweise haben Chinas Medien Jangs Wutausbruch verschwiegen. Offensichtlich versöhnte ihn vor allem der freundliche Empfang durch die Schweizer Geschäftsleute in Basel.

Den letzten Teil seiner Visite, vom 27.-30. März, verbrachte Jiang in Österreich, wo er Wien und Salzburg besuchte. Abgesehen von einer Kundgebung von rund 50 Demonstranten vor der Wiener Hofburg, wo Jiang mit militärischen Ehren willkommen geheißen worden war, verlief der Österreich-Besuch ohne Störungen. Aus chinesischer Sicht ist Österreich zwar ein kleines Land, aber eine kulturelle Großmacht. Besuche der Wiener Philharmoniker und der Wiener Staatsoper gehören zu festen Ritualen im beiderseitigen Verhältnis. So kam es auch zu einem Besuch Jangs im Geburtshaus Mozarts in Salzburg. Jiang spielte dort ein chinesisches Volkslied auf Mozarts Hauspiano. In Salzburg besuchte Jiang auch eine 500 Jahre alte Schaffarm (XNA, 31.3.99). Der Europabesuch fand also einen milden Ausklang. -we-

## 5 China und der Kosovo-Konflikt

Vgl. hierzu das Thema im vorliegenden Heft.

## 6 Atomspionage?

Bereits Anfang Januar 1999 waren in Washington Spionagevorwürfe gegen die VRCh erhoben worden, und zwar im Zusammenhang mit der Entwendung von Atomwaffen- und Raketentechnik (Näheres dazu C.a., 1999/1, Ü 11).

In der Zwischenzeit sind neue Vorwürfe hinzugekommen: Am 6. März berichtete die *New York Times*, daß es der VR China vermutlich Mitte der 80er Jahre gelungen sei, aus dem Nationalen Laboratorium des Energieministeriums in Los Alamos in New

Mexico Nukleargeheimnisse zu entwenden. Bei den betreffenden Dokumenten soll es sich um Unterlagen zur Produktion von kleinen Mehrfachsprengköpfen gehandelt haben. Auf den Spionageverdacht stieß die CIA, als sie die Resultate chinesischer Nukleartests analysierte und dabei auf verblüffende Ähnlichkeiten mit dem technisch am weitesten fortgeschrittenen amerikanischen Miniatursprengkopf des Typs W-88 stieß.

Sofort fiel der Verdacht auf einen Amerikaner taiwanischer Herkunft, der schon einmal, nämlich 1996, in Los Alamos der Spionage verdächtigt, dann aber wieder entlastet worden war. Diesmal hatte er sich einem Lügendetektor-Test zu unterziehen, bei dem er offensichtlich versagte.

Der neue Fall kommt zu dem oben erwähnten 700 Seiten starken Bericht eines Kongreßsonderkomitees, dem sog. Cox-Report, hinzu. Dieses 1998 gebildete Komitee hatte die Aufgabe, herauszufinden, ob Beijing in den letzten 20 Jahren kommerzielle Raumfahrt-technologie aus den USA für militärische und nukleare Forschungszwecke entwendet habe. Der Bericht kam, wie erwähnt, zu einem für Beijing belastenden Ergebnis.

Beijing reagierte auf die Spionageanschuldigungen mit Empörung. Der Entwendungsvorwurf sei eine „schiere Erfindung“, betonte die *Volkszeitung* (RMRB, 16.3.99, S.6). Immer wieder fänden vor allem Abgeordnete des Kongresses einen Vorwand, um China – und übrigens auch die Clinton-Administration – anzugreifen, die ja der VRCh gegenüber bekanntlich verhältnismäßig positiv eingestellt sei. Dieses Verhalten verrate eine tiefsitzende „Kalte-Kriegs-Mentalität“. Im übrigen müsse man fragen, was „Ähnlichkeiten“ bei der Technologie schon zu bedeuten hätten. Könne „Ähnlichkeit“ allein etwa bereits einen Spionagevorwurf erhärten? -we-

## 7 TMD: China reagiert empört auf US-Pläne, einen weltweiten Raketenabwehrschild aufzubauen

Ein Thema, das in der deutschen Öffentlichkeit kaum Aufmerksamkeit erregt hat, das aber in der chinesi-

schon (und russischen) Diskussion fast pausenlos wiederkehrt, ist die Reaktion auf amerikanische Pläne, „Theatre Missile Defense“-Systeme zu errichten, d.h. weltweit ganze Gürtel von Raketen zu installieren, deren einziger Zweck es ist, gegnerische Raketen abzuschießen. Dieses TMD soll nicht nur dem Schutz der USA selbst dienen, sondern soll – in einer Art Vorwärtsverteidigung – u.a. auch in bestimmten Teilen Asiens installiert werden, sei es nun, daß die dort stationierten US-Streitkräfte (auf Okinawa und in Südkorea) geschützt werden sollen, oder sei es, daß vielleicht sogar auch Taiwan miteinbezogen wird. Die Clinton-Regierung hat Pläne dieser Art im Januar 1999 verkündet, und zwar mit dem konkreten Hinweis, daß Washington rund 4 Mrd. US\$ für die Erforschung, Erprobung und Einrichtung solcher TMD-Systeme in den kommenden sechs Jahren ausgeben will. Weitere 6,6 Mrd. US\$ sollen für die weitere Zukunft bereitgestellt werden.

Ausgangspunkt für solche Überlegungen ist zum einen der schnelle Fortschritt der Nordkoreaner beim Raketenbau, die im August 1998 bereits eine dreistufige Rakete erfolgreich getestet und das Projektil – über Japan hinweg – in den Pazifik abgefeuert haben; dadurch sei gezeigt worden, daß Nordkorea nicht nur Japan, sondern eines Tages vielleicht sogar US-Territorium angreifen könne; neuerdings sind auch die Raketenversuche in Indien und Pakistan mit hinzugekommen.

In den amerikanischen Überlegungen spielt' darüber hinaus auch China eine Rolle – und die Idee, vielleicht auch chinesische Nuklearraketen zu neutralisieren (IHT, 3.2.99).

China wendet sich in aller Entschiedenheit gegen die amerikanischen TMD-Pläne. Es ist der Meinung, daß die Entwicklung, die Aufstellung und der Transfer von Antiraketen-Raketen-Systemen der weltweiten Sicherheit nicht etwa dient, sondern ihr im Gegenteil eher schadet, da die Gleichgewichte erneut in Unordnung gebracht würden (XNA, 11.3.99).

Die Einbeziehung Taiwans in das TMD-System liefe überdies auf eine ernsthafte Verletzung der territorialen Integrität und Souveränität der VR China hinaus und verstie-

ße gegen die drei chinesisch-amerikanischen Gemeinsamen Kommuniqués. Darüber hinaus fürchtet Beijing, daß das TMD-Programm ein neues kostspieliges Wettrüsten in Gang setze. (In diesem Sinne Zhu Rongji auf seiner Rußlandreise am 15. März 1999, XNA, 16.3.99; ferner SCMP, 12.3.99 und BRu, 1999/14, S.11.)

China ist sich mit Rußland darin einig, daß die amerikanischen Pläne gegen die ABM (Anti-ballistic Missiles)-Konvention von 1972, die von Moskau als Ausgangspunkt nuklearer Stabilität betrachtet wird, verstößt.

Das Pentagon andererseits geht davon aus, daß ein neuer Schutzschirm vor allem deshalb erforderlich ist, weil durch die bereits erwähnten Entwicklungen Nordkoreas eine neue Raketen-gefahr entstanden ist (IHT, 12.3.99). Ferner heißt es in einem im Februar 1999 herausgegebenen Pentagon-Report, daß die VR China verstärkt Raketen und Cruise Missiles entwickelt, die in spätestens fünf Jahren für Taiwan zur tödlichen Bedrohung werden könnten. Die USA dürften hier nicht tatenlos zusehen (ebd.).

Die Errichtung eines Raketenabwehrschields werde auf die chinesisch-amerikanischen Beziehungen einen „weitreichenden negativen Einfluß haben“, betonte auch ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums am 23. März 1999 (XNA, in SWB, 25.3.99). -we-

## 8 China umwirbt Panama

Panama gehört nach wie vor zu jenen Ländern, die mit Taipeh diplomatische Beziehungen unterhalten.

Um hier eine Veränderung herbeizuführen, hat Beijing einen Politiker eingeladen, der gute Aussichten hat, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen als Sieger aus dem Rennen hervorzugehen, nämlich Manuel Torrijos, den Präsidentschaftskandidaten der PRD, d.h. der Revolutionären Demokratischen Partei. Manuel Torrijos ist der Sohn des langjährigen Präsidenten Omar Torrijos, der 1973 mit den USA den Panamakanal-Vertrag unterzeichnet hat.

Bei Wahlkämpfen sehen es Politiker Panamas übrigens als unverzichtbar an, auch auf die rund 80.000 Hua-

ren Rücksicht zu nehmen, die, wie es heißt, im Panama des 20. Jahrhunderts zahlreiche hervorragende Repräsentanten im journalistischen sowie im künstlerischen Bereich hervorgebracht hätten (XNA, 7.11.98).

Ginge die Wahl zugunsten von Torrijos aus, hätte Beijing reelle Chancen, einen weiteren Stein aus der zentral-amerikanischen diplomatischen Burg Taipehs herauszubringen (XNA, 21.2.99).

Mit gezielter Einladungs- politik hatte China auch bereits in der karibischen Inselrepublik Sta. Lucia Erfolg. Rechtzeitig vor den Wahlen von 1997 hatte sich die VR China der Sympathien von Kenny Anthony versichert, der dann in der Tat Erfolg hatte und zum Ministerpräsidenten avancierte. Schon kurz nach der Annahme des Ministerpräsidentenamts war Anthony dann von Taipeh zu Beijing übergewechselt (XNA, 4.2.99). -we-

## 9 Unterstützung Pakistans bei der Raketen- und Nuklearbombenentwicklung?

1998 war Pakistan in der Lage, innerhalb weniger Wochen eine Antwort auf indische Nuklearbombentests zu geben. Desgleichen hat es nun, im April 1999, innerhalb von Tagen auf Raketedemonstrationen Indiens erneut mit einer technisch ebenbürtigen Gegenreaktion geantwortet.

Immer wieder stellt sich deshalb die Frage, inwieweit die VR China, die ja zu den engsten Verbündeten Pakistans gehört, an solchen Entwicklungen mitbeteiligt ist.

Anders als Indien, das dem Nichtweiterverbreitungsvertrag ja bisher nicht beigetreten ist, hat China diesen Vertrag bereits unterzeichnet, ohne allerdings darauf verzichten zu wollen, Pakistan bei der Entwicklung seiner Waffensysteme beizustehen.

Zumindest formell hält sich China an den „Non-proliferation Treaty“. Das Außenministerium nahm zu der Frage im März 1999 ausdrücklich Stellung (BRu, 1999/14, S.9 f.): China trete entschieden gegen die Weiterverbreitung von Kernwaffen ein, in welcher Form dies auch immer geschehe. Als NPT-Mitglied halte sich die Volksrepublik streng an die Modalitäten über

die Nichtweitergabe von Kernwaffen. China helfe zwar bei Kernenergie-Einrichtungen, unterwerfe sich hierbei allerdings zwei Einschränkungen, nämlich, erstens, der Zweckbestimmung einer friedlichen Nutzung und, zweitens, der Überwachung durch die IAO (Internationale Atomenergie-Organisation), die in Wien ihren Sitz hat. Überdies dürften sich nur solche Firmen mit Kernenergie-Exporten befassen, die hierfür eine besondere Erlaubnis der Regierung besitzen. China halte sich strikt an drei Prinzipien: (1) Die Kernnutzung für friedliche Zwecke muß gewährleistet sein, (2) Die Garantie und Kontrolle der IAO muß stets akzeptiert werden und (3) die exportierten Anlagen dürfen ohne Billigung durch die chinesische Regierung nicht in ein Drittland weitertransferiert werden.

Die USA, vor allem aber Indien, gehen jedoch davon aus, daß die rechtliche Seite das eine, die (geheime) Praxis aber das andere ist. Indien fühle sich durch diese Militärzusammenarbeit in seiner Sicherheit bedroht (SCMP, 20.3.99).

Indische Befürchtungen waren erst durch den Besuch des Stellvertretenden Vorsitzenden des chinesischen ZK-Militärausschusses, Chi Haotian, im Februar 1999 erneut geweckt worden.

Chi war zu einem fünftägigen Besuch nach Islamabad und Karachi gekommen und hatte dort u.a. auch der „Pakistani Naval Defense Show '99“ eine Visite abgestattet (XNA, 24.2.99). Beide Seiten konnten sich gar nicht genug damit tun, immer wieder die „außerordentliche Bedeutung der chinesisch-pakistanischen Beziehungen“ rühmend hervorzuheben (XNA, 20.2.99). Die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten sei „umfassend“ und weit bis ins 21. Jahrhundert hinein konzipiert. Die militärischen Beziehungen zwischen beiden Seiten seien eine „wesentliche Komponente in der zwischenstaatlichen Beziehung“, hob Chi hervor (XNA, 21.2.99). Zwar wurde nirgends hervorgehoben, auf welchen konkreten Gebieten militärischer Art diese Zusammenarbeit stattfindet. Dies hindert Indien jedoch nicht daran, seinen Vermutungen freien Lauf zu lassen. -we-

---



---

## Innenpolitik

---



---

### 10 Vorschläge für Direktwahlen auf Gemeinde-Ebene - Unentschiedenheit in der Parteiführung

Während der Jahrestagung der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKKCV) haben 35 Mitglieder eines Arbeitsausschusses für ländliche Angelegenheiten gemeinsam einen Antrag eingebracht, in dem die Einführung von Direktwahlen für die Verwaltungsleitungen auf Gemeinde-Ebene vorgeschlagen wird. (SCMP, 9.3.1999) Bisher werden in China lediglich die Leiter der Selbstverwaltungsorgane in den Dörfern direkt gewählt.

Im Dezember 1998 war es jedoch in der Gemeinde Buyun (Stadt Suining, Provinz Sichuan) erstmals zu Direktwahlen für das Amt des Gemeindevorstehers gekommen - offenbar ohne offizielle Billigung der Provinz- und Zentralregierungen. Diese Gemeindevahlen waren im Januar in der *Beijinger Rechtsordnungszeitung* - mit allerdings milden Worten - als rechtswidrig bezeichnet worden, weil sie im Widerspruch zu Verfassungsbestimmungen stünden. (*Fazhi Ribao*, 19.1.1999, siehe C.a., 1999/1, Ü 13) Wenige Tage später aber druckte die gleiche Zeitung eine kurze Stellungnahme ab, in der die Wahlen in Buyun positiv als Vorreiter der politischen Reform auf dem Lande eingeschätzt wurden. (*Fazhi Ribao*, 23.1.1999)

Ein Jurist der NKV-Kommission für Rechtsordnungsarbeit (ein Arbeitsorgan des NVK, das eine zentrale Rolle in Gesetzgebungsverfahren spielt) deutete im März an, daß sich in der Parteiführung noch kein Konsens über den Umfang der politischen Reformen auf dem Lande herausgebildet habe. (SCMP, 11.3.1999) -hei-

### 11 VBA - Generäle bekunden Loyalität zur Parteiführung

Führende Offiziere der Volksbefreiungsarmee (VBA), die als Delegierte

an der Tagung des Nationalen Volkskongresses im März teilnahmen, haben nachdrücklich ihre Unterstützung für die Parteiführung und für die Politik der Entkoppelung von Militäreinheiten und Unternehmen bekundet. (SCMP, 9., 13., 15.3.1999)

Mehrere Generäle verwiesen darauf, daß es in nur rund sechs Monaten gelungen sei, die kommerziellen Unternehmungen von Armeeeinheiten nahezu vollständig zivilen Regierungsstellen unterzuordnen. Die Abkoppelung der Unternehmungen habe allerdings finanzielle Verluste für die Armee nach sich gezogen, die - so Generalstabschef Fu Quanyou - durch eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes und ungenannter „anderer Zuwendungen“ kompensiert würden.

Auch wiesen einige führende Militärvertreter auf die Notwendigkeit anhaltender „ideologischer Arbeit“ hin, um Offiziere und Soldaten dauerhaft von kommerziellen Unternehmungen fernzuhalten. General Zhang Wannians Stellungnahmen ließ sich entnehmen, daß einige Schlüsselunternehmen weiterhin unter der Kontrolle von Armeestellen seien, diese sich aber um eine bessere Regulierung und ein besseres Management bemühten.

Unklar bleibt, ob der mäßige Anstieg des Verteidigungshaushaltes - vorgesehen ist 1999 offiziell ein Zuwachs von 12,7% - in den Reihen der Armeeführung für ausreichend gehalten wird, um die Verluste und Kosten auszugleichen, die sich aus der Abkoppelung der kommerziellen Unternehmungen sowie aus dem massiven Militäreinsatz während der Flutkatastrophe im letzten Sommer ergaben. Es ist mit einiger Sicherheit anzunehmen, daß ein sehr bedeutender Teil finanzieller Zuwendungen für das Militär in anderen Haushaltsposten und Sondertöpfen versteckt ist. -hei-

### 12 Jiang Zemin setzt engen Vertrauten als neuen Direktor der ZK-Organisationsabteilung durch

Mitte März hat Jiang Zemin sich im Politbüro mit einer wichtigen Personalentscheidung durchsetzen können, die seit mehreren Jahren anhängig war: Zum neuen Direktor der ZK-Organisationsabteilung, die sämtliche

Dossiers von Spitzenkadern verwaltet und eine kardinale Rolle in der Rekrutierung politischen Spitzenpersonals spielt, wurde Jiang Zemins langjähriger Vertrauter Zeng Qinghong ernannt. Zeng ist erst 59 Jahre alt, Politbüro-Kandidat, und war bisher Leiter des ZK-Hauptbüros. Aufgrund seines neuen Amtes gehört er jetzt zu den Schlüsselfiguren der jüngeren Generation in der Parteispitze.

Der seit 1993 amtierende Leiter der ZK-Organisationsabteilung, Zhang Quanjing, wurde nicht nur aus Altersgründen, sondern auch deshalb seiner Position enthoben, weil er auf dem letzten Parteitag nicht in das KP-Zentralkomitee gewählt worden war.

Nachfolger Zeng Qinghongs als Direktor des ZK-Hauptbüros, das die Arbeit der verschiedenen Organe in der Parteizentrale koordiniert und die Verbindung zu regionalen Parteistellen hält, wurde Wang Gang, der zuvor eine führende Position in der geheimnisumwitterten Dokumentenverwaltung und Spionageabwehr der Parteizentrale gespielt hat. Da Wang Gang außerdem schon seit Jahren als Präsident der internationalen Vereinigung für das Archivwesen fungiert hat, verfügt er über eine ungewohnt reichhaltige internationale Erfahrung in der Runde der Direktoren zentraler Parteiorgane. (RMRB, 19.3.1999; *Ming Pao*, Hongkong, nach SWB, 20.3.1999; SCMP, 19.3.1999; ZM, 1999/4, S.6-7) -hei-

### 13 Ständiger Ausschuß des NVK prüft Ratifizierung des Internationalen Sozialpaktes

Im Oktober 1997 hatte die chinesische Regierung die Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (kurz „Sozialpakt“ genannt) unterzeichnet, die neben einer Vielzahl vager gesellschaftspolitischer Bekundungen auch das Recht auf Organisation freier Gewerkschaften beinhaltet.

Während der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses (NVK) wurde nun bekannt gegeben, daß der Staatsrat diese Konvention bereits an den Ständigen Ausschuß des NVK zur Prüfung einer Ratifizierung weitergeleitet habe. Da aber die Volksrepublik China nicht an der Abfassung